

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Hof. Ad. Schlegel, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke, Otto Fickisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur: J. Hachfeld in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen End. Woll-, Saatenstein & Pöglers A.-G., G. L. Deube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratenteil: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 686

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den Sonntagen und Feiertagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Preussisch-Polen. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 30. September.

Inserate, die höchstens zwei Zeilen ober dem Raum der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezuglicher Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1893

Abonnements-Einladung.

Beim Herannahen des Quartalschlusses ersuchen wir unsere geehrten Abonnenten, die Zeitung rechtzeitig zu bestellen, damit keine Unterbrechung im Weiterbezug derselben eintritt. Gleichzeitig laden wir zum Abonnement auf die „Posener Zeitung“ hierdurch ergebenst ein.

Nach wie vor ist die „Posener Zeitung“ die älteste und verbreitetste Zeitung in der Provinz Posen. Dieselbe steht gegenwärtig im

hundertsten Jahrgange

und ist in den östlichen Provinzen die einzige, welche dreimal täglich erscheint. Durch ausgedehnte Korrespondenz-Verbindungen mit der Reichshauptstadt und bedeutenden Plätzen des In- und Auslandes, namentlich Petersburg und Riga, ist die „Posener Zeitung“ in den Stand gesetzt, alle wichtigen Vorkommnisse sofort zur Kenntniß ihrer Leser zu bringen. Die Schilderungen interessanter Vorgänge, besonders in den Kolonial-Gebieten, werden durch kartographische Darstellungen erläutert. Zahlreiche Mitarbeiter in der Stadt und der Provinz Posen berichten fortwährend über alle bemerkenswerthen Ereignisse im öffentlichen Leben, während ein eigener militärischer Mitarbeiter in längeren Aufsätzen und kürzeren, gemeinverständlich gehaltenen fortlaufenden Mittheilungen über alle Veränderungen und Fortschritte auf dem Gebiete des Militärwesens die Leser unterrichtet. Zu dem reichen Depeschmaterial, das die „Posener Zeitung“ bietet, ist noch eine umfangreiche telephonische Berichterstattung hinzugekommen, welche die Zeitung in den Stand setzt, weit früher als die Berliner Blätter die wichtigsten Nachrichten ihren Lesern zu melden.

Dem Unterhaltungstheile der Zeitung wird besondere Sorgfalt zugewendet. Derselbe enthält stets neben anziehenden Romanen und Novellen auch interessante Feuilletons aus der Feder unserer beliebtesten Autoren, sowie Berliner und Pariser Original-Blaubereien, Reisebriefe, Ausstellungsberichte u. s. w. Außerdem bringt die Sonntagsbeilage „Familienblätter“ Erzählungen, Schilderungen und Aufsätze unterhaltenden und belehrenden Inhalts in reicher Abwechslung.

Im nächsten Quartal wird die „Posener Zeitung“ einen sehr abwechslungsreichen und fesselnden Roman

„Belladonna“ von A. J. Mordtmann

zum Abdruck bringen.

Der Abonnementspreis für die „Posener Zeitung“ beträgt bei allen deutschen Postämtern 5,45 M., in der Stadt Posen 4,50 M. pro Quartal.

Zum deutsch-spanischen Handelsvertrag.

Der Inhalt der Vertragstarife, welche der neue deutsch-spanische Handelsvertrag enthält, ist durch Veröffentlichung in einem Madrider Blatte bekannt geworden, während die beiden Regierungen bisher, wie es scheint, auf Grund besonderer Vereinbarungen, irgend eine amtliche Mittheilung darüber der Oeffentlichkeit noch nicht gemacht haben. Wenn die nunmehr aus Madrid mitgetheilten Angaben zutreffend sind, so werden dem neuen Vertrage zwar recht umfangreiche Tarife einverleibt, die aber doch deutlich die Schwierigkeiten erkennen lassen, welche dem Zustandekommen des Vertrages entgegenstanden und in der langen Dauer der Verhandlungen erkennbar genug hervortraten. Die deutsche Reichsregierung befand sich gegenüber Spanien wesentlich in derselben Lage, wie gegenüber der Schweiz, als sie im Jahre 1891 mit diesem Lande über einen neuen Tarifvertrag verhandelte. Gleich der Schweiz hatte sich Spanien kurz vor Beginn der Verhandlungen erst einen neuen, mit zahlreichen und bedeutenden Zollserhöhungen ausgestatteten Tarif geschaffen; die deutsche Regierung wird deshalb ebenso auf finanzielle Bedenken bei der spanischen Regierung, welche auf eine gesteigerte Einnahme aus den höheren Zöllen rechnete, wie auf den wirtschaftlichen Widerstand der spanischen Industriellen gestoßen sein, welche die mit den neuen Schutzzöllen eben erst erlangten Vortheile nicht wieder preisgegeben sehen wollten. Spanien hat das schweizerische Verfahren aber noch dadurch überboten, daß es nach dem Beispiel Frankreichs einen Minimal- und einen Maximaltarif konstruirte und durch Verfassung der Meistbegünstigung für die deutschen Erzeugnisse einen Kriegszustand mit Differentialzöllen zwischen beiden Ländern herbeigeführt hatte. Das Ergebnis der langwierigen Verhandlungen ist, ähnlich wie bei den Verhandlungen mit der Schweiz, ein Vertragswerk, welches viele wichtige Willkürungen der sonst in Aussicht stehenden Nachtheile bringt, aber die Lage der deutschen Exportindustrie im Vergleich zu dem früheren Zustande keineswegs verbessert, sondern verschlechtert.

Die Erhöhungen der Zollsätze, welche nicht nur der neue Maximal-, sondern auch der neue Minimaltarif Spaniens für hervorragende Ausfuhrartikel der deutschen Industrie gebracht hat, sind so außerordentlich beträchtlich, daß sie selbst in der neuesten Ära europäischer Schutzzollpolitik kaum in irgend einem anderen Lande erreicht worden sind. In dem neuen Vertrage sind nun zwar wesentliche Ermäßigungen vieler neuer spanischer Schutzzölle erreicht worden; für die Hauptartikel des so wichtigen deutschen Wollenwaren-Exports sind z. B. die neuen Zollsätze wieder um 30—50 Proz. herabgesetzt worden. Aber im Vergleich zu den unter dem alten Vertrage bestandenen Verhältnissen wird freilich auch nach Inkrafttreten des neuen Abkommens für viele deutsche Erzeugnisse eine erhebliche Verschlechterung der Absatz-Bedingungen fortbauern; die enorme Erhöhung des spanischen Spritzzollens scheint vollends von dem Vertrage unberührt zu bleiben.

Ob nicht trotz der ausgesprochenen Schutzzolltendenz der neuen spanischen Handelspolitik für die deutsche Exportindustrie mehr hätte erreicht werden können, wofür von deutscher Seite mehr angeboten worden wäre, wird sich erst beurtheilen lassen, wenn über den Verlauf der Verhandlungen im Einzelnen genügend Auskunft gegeben sein wird. Das wichtigste Zugeständniß Deutschlands ist augenscheinlich die Gewährung der in den Verträgen mit Oesterreich und Italien enthaltenen deutschen Zollsätze auch für spanische Boden- und Industrieerzeugnisse mit Ausschluß der Zollbegünstigungen für Weine in Fässern. Die nächstwichtigen Exportartikel Spaniens nach Deutschland sind grobe und feine Korkwaaren. Für diese Artikel hatten die interessirten deutschen Produzenten durch eine rechtzeitige und energische Agitation bei der allgemeinen Schutzzollausheilung ansehnliche Zölle erlangt. Der im Jahre 1883 zu Stande gekommene Tarifvertrag mit Spanien beruhte wesentlich darauf, daß diese Zölle wieder bedeutend herabgesetzt wurden, für Korkplatten von 10 Mark auf 5 Mark, für feinere Korkwaaren (Korkstopfen, Korksohlen, Korkschnitzereien) von 30 Mark auf 10 Mark pro Doppelzentner. Mit dem Ablauf des alten deutsch-spanischen Vertrages kamen auch diese Ermäßigungen wieder in Fortfall, da sie in keinem anderen Vertrage enthalten waren. Die beteiligten Fabrikanten hatten schon vor zehn Jahren der Herabsetzung des ihnen einmal gewährten Zollschutzes auf das Heftigste widersprochen, sie sind auch im vorigen Jahre gleich wieder auf dem Platze gewesen, um ähnliche Konzessionen im neuen Vertrage zu verhindern. Nach den jetzt in Madrid veröffentlichten Angaben würde Deutschland auch in der That auf diesem Gebiet diesmal kein Zugeständniß gemacht, sondern die höheren Schutzzölle aufrecht erhalten haben. Wenn dabei die Interessen des deutschen Exports nach Spanien, der eine weit höhere Bedeutung als die ganze Korkwaaren-Industrie in Deutschland besitzt, zu kurz gekommen sein sollten, so würde dies jedenfalls zu bedauern sein. Spanien wird naturgemäß auf eine günstige Entscheidung in dieser Frage großen Werth gelegt haben, denn nach der deutschen Handelsstatistik berechnete sich z. B. im Jahre 1891 die Einfuhr spanischer Weine auf 5,2 Millionen Mark, die Einfuhr spanischer Korkstopfen z. auf 4 Millionen Mark.

Deutschland.

△ Berlin, 29. Sept. [Politiker und Gewerkschaftler.] In der Arbeiterbewegung wird jetzt wieder einmal der Kampf zwischen Politikern und Gewerkschaftlern mit großer Lebhaftigkeit geführt. Jeden Tag ertönt der Vorwurf, daß die Gewerkschaftsbewegung vernachlässigt werde, daß die Politiker immer nur an die politischen Wahlen dächten, aber niemals an die Unterstützung der gewerkschaftlichen, auf unmittelbare Besserung der Arbeiterlage abzielenden Bestrebungen. In erster Reihe wird dieser Vorwurf der sozialdemokratischen Parteileitung der Reichstagsfraktion gemacht, nächst dem aber auch der sozialdemokratischen Presse. Im Grunde ist eigentlich das Umgekehrte richtig: die Abgeordneten sind nicht Gegner der Gewerkschaftsbewegung oder auch nur gleichgiltig gegen sie, aber manche Gewerkschaftsführer wollen von der Politik und vom Wählen nichts wissen. Die „Unabhängigen“ nehmen bekanntlich den Standpunkt ein, daß die Erhebung des Proletariats auf rein ökonomischem Boden geschehen müsse, durch Generalstreik, Besitzergreifung von den Produktionsinstrumenten, Nichterfüllung privatrechtlicher Verbindlichkeiten u. s. w., die „Unabhängigen“ agitiren nun hauptsächlich in den Gewerkschaften. Und indem sie hier den Arbeitern sagen: „der politische Weg ist zu lang, Ihr müht unmittelbar in den Besitz der von Euch erzeugten Werthe kommen“, machen sie Manchen der politischen Bewegung abspenstig. Doch sei dem, wie ihm wolle, sozialdemokratische Parteileitung und Presse erfahren fortwährend jenen Vorwurf

und müssen sich gegen ihn verteidigen. Diesem Zwecke widmet das „Hamburger Echo“ einen längeren Leitartikel. Es meint: „Solche Anfechtungen können mit größter Gemüthsruhe ertragen werden, wenn sie von Einzelnen ausgehen, die entweder den Zusammenhang der Frage nicht erkennen können oder ihr besonderes Vergnügen daran finden, an Anderen ihr Müthchen zu kühlen. Wenn aber aus der Mitte der Gewerkschaftsorganisationen heraus gewissermaßen von autoritativster Stelle die gleichen Vorwürfe erhoben werden, so darf das nicht unwidersprochen bleiben, damit sich nicht in den Köpfen der Genossen und speziell der Gewerkschaftsmitglieder durchaus falsche Anschauungen festsetzen.“ Und das Blatt wendet sich dann des Weiteren gegen die „autoritativste Stelle“, nämlich gegen die Generalkommission der Gewerkschaften. Bei diesen Zänkereien übersehen beide Theile die Hauptsache, nämlich die gegenwärtige wirtschaftliche Depression, die den Aufschwung der Gewerkschaften hindert, und es ist ziemlich kleinlich, daß die betroffenen Personen sich gegenseitig die Schuld an dem durch die Verhältnisse geschaffenen Zustande heimeffen.

F. H. C. Berlin, 29. Sept. Mit dem am 27. d. M. erfolgten Zusammentritt der zur Berathung über den deutsch-russischen Handelsvertrag einberufenen Sachverständigen wird den Wünschen entsprochen, welche in letzter Zeit und namentlich nach dem Abschluß der neuen Tarifverträge aus weiten Kreisen der deutschen Gewerbsfähigkeit kundgegeben worden sind. Es ist vielfach und ebenso wohl von den Freunden wie von den Gegnern der jetzigen deutschen Handelspolitik beklagt worden, daß die sachlichen Informationen der deutschen Unterhändler nicht ausreichend gewesen seien. Gleichviel ob diese Beschwerden in dem ganzen Umfange, in welchem sie erhoben worden, berechtigt sind oder nicht, es kann jedenfalls nur zu einer besseren Information der Reichsregierung und der von ihr bestellten Unterhändler dienen, wenn in unmittelbarer persönlicher Verhandlung die deutscherseits aufzustellenden Forderungen und die etwa von dem anderen Staate bereits gemachten Anerbietungen sachlich erörtert werden. Zur endgültigen Entscheidung der Frage, ob überhaupt ein Vertrag abzuschließen ist oder nicht, wird freilich eine solche Verammlung, wenn auch ihre Mitglieder in einzelnen Fragen das höchste Maß von Sachkunde beihängen mögen, niemals kompetent sein. Die Sachverständigen, wie sie offiziell bezeichnet werden, sind zugleich Vertreter bestimmter Interessen, und dem dem allgemeinen Interesse des Landes entsprechenden Ausgleich zwischen den mannigfaltigen und nicht selten widerstreitenden Einzelinteressen zu finden, wird immer Aufgabe der gesetzgebenden Faktoren, der Regierung und der Volksvertretung, sein. Gerade im vorliegenden Falle ist eine solche Erinnerung an die allen Interessenten = Versammlungen allein zufallende Aufgabe, durch ihren sachkundigen Rath die Entscheidung über einen solchen Ausgleich zu erleichtern, am Platze. Beim Abschluß eines Tarifvertrages mit Ausland kann es sich nur darum handeln, auf dem Gebiete der deutschen Zölle für landwirtschaftliche Erzeugnisse Konzessionen zu machen, um Ermäßigungen des russischen Zolltarifs für Artikel der deutschen Exportindustrie zu erlangen. Ein günstiges Ergebnis können deshalb ebenso gut die landwirtschaftlichen Interessenten verbinden, welche jede Herabsetzung der agrarischen Zölle bekämpfen, wie die industriellen Interessenten, welche für den Absatz ihrer Erzeugnisse allzu weitgehende Erleichterungen beanspruchen, wenn ihren einseitigen Forderungen nachgegeben wird. Führt die gegenwärtige Versammlung dazu, daß die einzelnen Interessentengruppen sich im Hinblick auf das angestrebte Ziel der Herstellung freibeherrlicher Verhältnisse selbst bescheiden, so werden sie um so eher und sicherer den ihnen gebührenden Einfluß auf den schließlich entscheidenden Ausgleich erreichen.

— Nach den „Berl. Pol. Nachr.“ liegt es in der Absicht, den Zoll von im Ausland gefertigten Cigarren zu erhöhen, um damit die heimische Industrie in die Lage zu versetzen, einen Theil der bisher im Auslande verarbeiteten Tabake ihrerseits zu feineren Cigarren zu verarbeiten und so den Arbeitern den Ersatz für eine etwa durch den Rückgang des Konsums bedingte Verminderung der Arbeitsgelegenheit zu gewähren.

— Im ersten Berliner Landtagswahlkreise beschloß das aus den Vorständen der beiden freisinnigen Wahlvereine des ersten und zweiten Reichstagswahlkreises gebildete Wahlkomitee, für die Landtagswahlen einstimmig den Parteigenossen zu empfehlen, zu Wahlmännern nur solche zu wählen, welche sich der Freisinnigen Volkspartei zurechnen und sich verpflichten, denjenigen Kandidaten bei der Abgeordnetenwahl ihre Stimmen zu geben, welche nach den Urwahlen von der Mehrheit der Wahlmänner der Freisinnigen Volkspartei aufgestellt werden.

— Die Reichsregierung beabsichtigt, die Stempelabgabe für Lotterieloose um 50 Proz. zu erhöhen. Der Ertrag aus dieser Abgabe ist im Reichshaushaltetat pro 1893/94 auf 7 879 000 Mark veranschlagt. Legt man diesen Anszug zu Grunde, so würde das eine Vermehrung der Reichseinnahmen zu Gunsten der Einzelstaaten um 3 939 500 M. bedeuten.

g. Der Bodwindmühlen-Versicherungsverein für die Regierungsbezirke Breslau, Liegnitz, Oppeln und Posen hielt am 25. d. Mts. in Neumarkt seine 30. ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem Verwaltungsberichte sind in dem Berichtsjahre vom 1. Juli 1892 bis dahin 1893 elf Totalbrände (darunter einer durch Blitzschlag veranlaßt) und vier Beschädigungen durch Blitzschlag

35 821 70 201, während die Einnahme an Prämien nur 19 010,14 Mark betrug. Die Zahl der Mitglieder war 1487; die Versicherungssumme beträgt 4 752 535 M., das Vereinsvermögen 42 696,16 Mark. Durchschnittlich ist jede Mühle mit 3196 Mark versichert. In einer außerordentlichen Generalversammlung soll im nächsten Jahre das Selbstversicherungsverhältnis nach einem bestimmten Prozentsatz geregelt und das Maximum der Versicherung einer Mühle festgestellt werden.

Bromberg, 28. Sept. Als vor der letzten Reichstagswahl eines Tages verlautet wurde, daß die Deutschsozialen Bromberg den Abg. Uebermann v. Sonnenberg zu ihrem Kandidaten nominirt hätten, da war große Verwunderung überall, denn man hatte bis dahin nicht die mindeste Ahnung davon, daß Bromberg deutschsozialer Parteigänger in seinen Mauern beherbergt, geschweige denn, daß hier eine deutsch-soziale Organisation bestände. Man hielt die ganze Kandidatur denn auch anfangs bloß für eine Machination, die vielleicht zur Gründung eines deutsch-sozialen Vereins führen sollte, aber gedruckte Stimmzettel wurden bald darauf verbreitet und so der stauenden Welt bargehen, daß die Kandidatur Uebermann v. Sonnenberg kein Scherz war. Uebermann v. Sonnenberg erhielt etwa 30 Stimmen, wenn man nun hieraus schließen wollte, daß es 30 Deutschsoziale in Bromberg gäbe, wäre dies ein Fehlschluß, denn die Wahlzettel wurden eben „vertheilt“, aber sie wurden doch von Brombergern „vertheilt“ und da sah man zuerst, daß es in Bromberg Deutschsoziale gab. — Inzwischen sind etwa drei Monate verfloßen, und ebenso überrascht wie einst die Kandidatur Uebermann v. Sonnenbergs kommt jetzt die Kunde, daß ein deutschsozialer Wanderredner, Herr Hans Leus, gestützt auf seine Thorner Erfolge, hier seine Weisheit vortragen will. Wollte man nun hiernach glauben, daß die Deutschsozialen in Bromberg Fortschritte in der Zwischenzeit gemacht haben, so wäre dies ebenfalls verfehlt. Es giebt auch jetzt in Bromberg keine deutsch-soziale Partei, die einigermaßen Beachtung verdient, aber der Unfriede zwischen den einzelnen Konfessionen soll dem Wunsche einiger bößlich unbekannter Personen entsprechend auch hier nachgerufen werden und das soll eben Leus Vortrag bezwecken. Nebenbei hat Herr Leus keinen Schaden davon, er hat zwar sein Entree jedenfalls in Anbetracht der Thorner Affaire herabgesetzt, aber 30 Pf. ist immerhin noch Geld genug. So ist es um die deutschsoziale Bewegung in Bromberg bestellt.

Dresden, 27. Sept. Seitens der betreffenden Ministerien in Dresden und Berlin war der sächsische Exportverein ersucht worden, ein Gutachten dahin abzugeben, ob er die Beteiligung der deutschen Industrie an der Antwerpener Ausstellung 1894 für angezeigt und rathsam erachte. Der sächsische Exportverein hat in seiner letzten Sitzung dieser Frage gegenüber indessen im negativen Sinne Stellung genommen. Die sächsischen Handels- und Gewerbekammern haben sich für die Beschickung der Antwerpener Ausstellung ausgesprochen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Sept. Das Organisationskomitee des Centralvereins der Unabhängigkeitspartei bereitet eine Petition an den Reichstag vor, in welcher die Veretzung des Kabinetts Weyerle in Unklagezustand wegen der Günter Verurteilungen des Kaisers verlangt werden soll. Die Cötvös-Fraktion bezieht letztere nicht auf die Linke, sondern auf die Nationalpartei und auf die Beschlüsse der Municipien gegen die deutsche Armeesprache. Der Kaiser rügte bekanntlich den übertriebenen Chauvinismus, der mit dem Patriotismus nichts gemein hat, betonte scharf das Festhalten an Dualismus der Monarchie und warnte davor, an dem Ausgleichsvertrage zu rütteln.

Frankreich.

Paris, 28. Sept. Die Reise des Präsidenten Carnot nach Toulon zum Empfang des russischen Geschwaders scheint jetzt allen Ernstes fraglich geworden zu sein. Vor ein paar Tagen berichtete, wie erinnerlich, der „Gaulois“, Carnot wolle seine Reise nach Toulon aufgeben, weil Italien ein Panzerschiff zu seiner Begrüßung dahin entsenden wolle, wodurch die Bedeutung der Touloner Feste entstelle und vermindert werden würde. Diese Begründung ist selbstverständlich haltlos, die Thatsache selbst aber liegt, wie sich aus der nachstehenden Mittheilung ergibt, nicht außer dem Bereich der Wahrscheinlichkeit.

Paris, 28. Sept. Boischafter Mohrenheim sprach gestern dem Touloner Bürgermeister, der ihn einladen kam, aus Nachdrücklichste seine bestimmte Erwartung aus, daß die Vergrößerung des Geschwaders sehr würdig, sehr ruhig, sehr amtlich verlaufen und die Bevölkerung sich weise betragen werde. Noch wichtiger erscheint eine zweite Aeußerung Mohrenheims, der

Stadttheater.

Wien, 28. September.

Ein gemachter Mann.

Posse mit Gesang von Ed. Jacobson und G. Mich aeltz.
Die Jacobson'sche Posse von dem reich gewordenen Schächtermeister Pasewalk, der einen Baron zum Schwiegersohn begehrt und sich deswegen der Liebe seiner Tochter zu einem jungen Maler widersetzt, bis es diesem gelingt, von dem „gemachten Mann“ die Einwilligung zu der Verbindung mit seiner Tochter zu erlangen, ist bekannt genug. Die Posse fand am Donnerstag eine ganz ausgezeichnete Wiedergabe und hat das ziemlich zahlreich erschienene Publikum trefflich unterhalten. Neben dem Ehepaar Voigt trug namentlich Frau Matthias-Sauer dazu bei, das Publikum fortwährend in einer fröhlichen Stimmung zu erhalten. Herr Voigt gab den Rentier Pasewalk mit jener urwüchsigen Komik, welcher der Erfolg gewiß ist. Er sang seine Couplets mit viel Bravour unter lebhaftem Beifall, war ein ganz ausgezeichnet „Unkel Krätzig“, und hatte außerdem das Stück, besonders das vierte Bild mit seinem Künstlerfest im Grunewald sehr hübsch und geschmackvoll inscenirt. Frau Matthias-Sauer war eine sehr graziose Toni Sendler. Auch sie sang ihre Couplets, besonders das hübsche Operetten-Potpourri mit frischer, wohlgebildeter Stimme und charakteristischem Vortrag. Herr Steinert gab einen sehr spaßhaften Feuerwehmann Lanzke und Frau Voigt war ein sehr drohliches „Mädchen für Alles“. Herr Matthias als Theodor Luz und Herr Stahlberg als Maler Wallberg zeichneten sich durch sicheres Spiel und muntere Laune in gleicher Weise aus. Herr Kratt war ein recht eleganter Baron von Elmenhorst und verstand auch in der Uniform sich zu bewegen. Einen köstlichen Professor Randow gab Herr Steinegg, und als er vollends zu singen begann,

Vorbehalt annahm, daß Carnot hingehe. Man scheint mit thatsächlich mit dem Fernbleiben der Präsidenten zu rechnen. In diesem Falle würden als dessen Vertreter General Vorlus, sowie der Marineattaché der Russen empfangen, was jedoch nicht ausschließt, daß Carnot später, etwa unmittelbar nach der Rückkehr des Admirals Abelane aus Paris, nach Toulon reise, um dem Geschwader einen Besuch abzustatten.

Großbritannien und Irland.

* Gladstones Rede in der Alberthalle zu Edinburgh wird von der gesammten Presse besprochen und natürlich sehr verschieden beurtheilt. Die liberalen Pressorgane drücken die höchste Befriedigung aus.

„Daily Chron.“ sagt, Gladstone hielt niemals eine Rede, die der öffentlichen Erwartung voller entsprach, als die geistige. Das Oberhaus müsse rasch befestigt werden, wenn die Landesgeschäfte in vernünftiger Weise erledigt werden sollen. „Daily News“ glaubt, die Rede werde Bestürzung unter den Feinden des Fortschrittes verursachen und den Liberalen neuen Muth einflößen. Die „Times“ versteht die Rede dahin, daß, falls das Oberhaus sich nicht gefügig zeige, die nächsten Wahlen sich nicht um die Homerulefrage, sondern um die Frage, ob das Oberhaus weiter bestehen solle oder nicht, drehen werden. Bilde Gladstone sich ein, eine solch gewaltige Verfassungsänderung gegen den Willen einer Mehrheit der Vertreter Großbritanniens durchzuführen? Gladstone sei ältig genug zu versprechen, seine Zwangsmittel gegen das Oberhaus werde keine Ungeheuerlichkeit, keine Gewaltthätigkeit in sich schließen. Eine solche Versicherung sei überflüssig angesichts der Thatsache, daß das Oberhaus von der großen Mehrheit der englischen Wähler unterjügt werde. Der „Standard“ betrachtet die Rede als leere Drohung. Gladstone habe keine Mehrheit für einen Feldzug gegen das Oberhaus. Nur durch eine freimüthige unmittelbare Anrufung der Wähler könnte er ermitteln, wie er wirklich stehe. Seine Stellung sei schwach gewesen, vor der Einbringung seiner zweiten Homerule-Vorlage, ihre Einbringung habe ihn weiter geschwächt. „Daily Telegraph“ steht zwischen den Zeilen der Rede, daß Gladstone der Muth für ein entschlossenes Vorgehen gegen das Oberhaus fehle.

Von dem Verbands der liberalen Geistlichen und Kirchenfreunde empfing Gladstone eine Adresse, die ihn zur Annahme der Homerule-Vorlage durch das Haus der Gemeinen warm beglückwünscht und die Überzeugung ausdrückt, seine Politik werde die brüderliche Vereinigung aller Klassen und Bekenntnisse in Irland fördern.

Türkei.

* Konstantinopel, 28. Sept. Die Mittheilung von der Errichtung eines russischen Mittelmeergeschaders hat in Konstantinopel nicht überrascht. Im Gegentheil wird eine langsam fortschreitende Verstärkung der Flotte sicher erwartet. Diese Kundgebung werde nur als gegen England gerichtet angesehen. Man glaubt nicht an ein französisch-russisches Bündniß, da heute beide Staaten im europäischen Orient dieselben Gegner wie vor 40 Jahren sind. Indes läßt sich Rußland die französische Freundschaft nur gefallen, um England Schaden zuzufügen. Der seit langen Jahren erwartete Kampf zwischen England und Rußland in und um Asien werde im Mittelmeer mit französischer Hilfe geführt.

Ägypten.

* Die Nachricht von der für nächstes Frühjahr geplanten Reise des Khedive Abbas nach England wird jetzt in einer Zuschrift der „Pol. Corr.“ aus Kairo dementirt und hinzugefügt, die Ausführung eines derartigen Planes sei überhaupt insolange nicht zu erwarten, als nicht eine Aenderung in den noch immer gespannten Beziehungen des Khedive zu der englischen Regierung eintrete, wofür bisher kein Anzeichen vorliege.

Afrika.

* Der Regierung der Capkolonie wurde gemeldet, daß der Damara-Hauptling Witboi zwischen Windhoek und Swakop eine deutsche Wagenkarawane überfallen und vierhundert Ochsen sowie eine größere Menge Waffen und Munition erobert habe. Zwanzig Eingeborene seien getödtet worden, jedoch keine Deutschen.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

M Die unliebsamen und bedauerlichen Vorfälle bei verschiedenen Truppentheilen der deutschen Armee, die Selbstmorde und Mißhandlungen von Untergebenen haben die zwingende Nothwendigkeit wohl in das hellste Licht gestellt, daß militärische Besprechung und auch die militärische Pflege einer raschen und durchgreifenden Reform zu unterziehen. Wenn auch von einer solchen Reform, besonders der Rechtspflege ein gänzlich Abstellen der Mißhandlungen keineswegs zu erwarten ist, wie denn auch in Bayern mit seiner modernen Ansprüchen genügenden Rechtspflege Soldatenmißhandlungen vorkommen, so entspricht eine solche Reform doch dem allgemeinen Wunsche des Volkes und dem dringenden Bedürfnis innerhalb der Armee. Einen weit günstigeren Einfluß auf das allmähliche Verschwinden der Soldatenmißhandlungen scheint uns die Reform des Beschwerderechtes zu haben, wiewohl nicht gesagt sein soll, daß der energische und charaktervolle Soldat nicht auch unter dem jetzigen Beschwerdegang sein Recht findet. Nur ist das Beschreiten dieses Beschwerdeganges mit zu viel Schwierigkeiten und Umständen verknüpft, als daß nicht schwächliche und ängstliche Naturen vor demselben zurückschrecken sollten. Der Beschwerdegang muß demnach so einfach gestaltet werden, wie nur irgend möglich. Die vielen dienstlichen Instanzen vom Stubenältesten, Korporalschaftsführer bis zum Hauptmann sind aufzuheben, der Beschwerdeführende muß sich direkt an diejenige Instanz wenden können, der das nächste Disziplinarstrafrecht zusteht, nämlich dem Hauptmann bzw. Rittmeister. Die Bestrafungen solcher Leute, die aus Versehen einen falschen Beschwerdegang eingeschlagen haben, fallen dadurch von selbst fort, irrtümliche aber aus gutem Glauben entsprungene Beschwerden dürfen ebenfalls keiner Strafe unterliegen, nur böswillig falsche Beschwerden sollen bestraft werden. Der Hauptmann ist nach wie vor verpflichtet, jeder Beschwerde auf den Grund zu gehen, ohne dabei dem Beschwerdeführenden fälschlich zu lassen, daß er besser thäte, seine Beschwerde fallen zu lassen. Richtet sich die Beschwerde gegen den Kompanie- bzw. Eskadron- oder Batterieführer selbst, so ist die Beschwerde direkt bei dem Bataillons-, Regiments- oder Abtheilungs-Kommandeur anzubringen. Eine Beschwerdepflicht des Soldaten einzuführen, d. h. eine gesetzliche Pflicht, denn die moralische Pflicht hat jeder Soldat, erscheint nicht angängig, da aus einer solchen gesetzlichen Pflicht unliebsame Konsequenzen für den Dienst und für den Soldaten selbst entstehen könnten. Der beschwerdeführende Soldat muß außerdem aber noch das Recht erhalten, seine Veretzung in eine andere Korporalschaft bzw. Kompanie u. s. w. zu verlangen, der Hauptmann oder Bataillonskommandeur hat darüber zu befinden, ob es nöthig ist, oder ob vielleicht nicht der betreffende Vorgesetzte, über den Beschwerde geführt wird, zu versetzen ist. Bei schweren Vergehen erledigt sich ja die Angelegenheit dadurch, daß der betreffende Vorgesetzte des Dienstes überhaupt entlassen wird. Geht die schlechte Behandlung indessen von Kameraden aus, wie dies ja auch oft vorkommt, dann kann eine Veretzung des Mißhandelten nothwendig erscheinen. Die Vereinfachung des Beschwerdeganges wird entschieden dazu mitwirken, daß die Mißhandlungen in der Armee seltener werden; die Hauptsache bleibt aber stets der Geist, der in einer Truppe lebt. Diesen Geist der Ehre und Selbstachtung bei Untergebenen und Vorgesetzten zu wecken und stets rege zu erhalten, wird Sache der Führer sein bis zum Hauptmann und Lieutenant abwärts. Eine gewisse Erfahrung ist ebenfalls nothwendig, um diesen militärischen Geist und dieses militärische Ehrgefühl richtig aufzufassen und in geeigneter Weise rege zu erhalten. Diese Erfahrung und geistige Reife fehlt aber leider vielen unserer Offiziere, die nach unserer unmaßgeblichen Meinung zu jung in recht verantwortliche Stel-

heit, daß er nicht an eine solche Aenderung denke, da die Vortheile des jetzigen Systems vor dem alten so außerordentlich groß seien, daß die geringen Nachtheile dem gegenüber gar nicht in Betracht kommen könnten. Neuerdings hat man nun aber gar einen bedeutenden Schritt weiter vorwärts gethan. Am 9. April wurde von der Zweiten Kammer unter Zustimmung des Ministers der Antrag angenommen, daß Uebersetzungsarbeiten in das Lateinische künftig weder vor noch in den für das Lateinische bestimmten Lehrstunden gegeben werden sollten und daß demgemäß künftig auch das lateinische Extemporale in der Reifeprüfung fortzufallen sollte.

Am 29. April stimmte die Erste Kammer fast ohne Debatte diesem Antrage bezüglich der Abschaffung des lateinischen Extemporales bei. Am 2. Mai schloß sich die Zweite Kammer unter Aufgabe ihres ersten Beschlusses einfach dem der Ersten Kammer an, so daß also die Abschaffung des lateinischen Extemporales von beiden Kammern ohne dissentirende Stimmen angenommen wurde. Schon anfangs Juni erhielt das königliche Unterrichtsministerium vom Minister den Auftrag, Vorschläge auszuarbeiten zu solchen Aenderungen der Lehr- und Prüfungspläne, welche nothwendig werden, wenn bei der Reifeprüfung an Stelle der schwedisch-lateinischen Uebersetzung eine solche aus dem Lateinischen in das Schwedische treten soll. Man sieht also, daß der Minister, trotzdem er eifriger klassischer Philologe ist, dem Wunsche der beiden Kammern sehr rasch nachgekommen ist.

Aber auch in Norwegen denkt man nicht an ein Zurückgehen. Dort war in der Kammer der Antrag angenommen: Die Regierung wird gebeten, eine Revision des höheren Unterrichtswesens in Erwägung zu ziehen und dabei die Stellung der alten Sprachen zu unteruchen. In der auf Grund dieses Antrages eingesetzten Kommission wurde zwar eine völlige Uebereinstimmung über die Stellung der alten Sprachen nicht erzielt, wohl aber herrschte völlige Einigkeit darüber, daß der Beginn des lateinischen Unterrichts noch weiter hinaufgeschoben werden müsse, als bisher. — Wir sehen also, daß man in den skandinavischen Ländern mit dem eingeschlagenen Wege, den fremdsprachlichen Unterricht mit einer neuen Sprache zu beginnen, nicht nur nicht unzufrieden ist, sondern, daß man bestrebt ist, auf dem betretenen Wege weiter vorwärts zu schreiten.

klang es „sehr scheene“, wie selbst der Rentier Pasewalk zugeben mußte. Herr Böttcher, der den Maler Ulfert spielte, zeigte sich als stimmbegabter, tüchtiger Sänger. Fr. Rosen hatte eine Rolle übernommen, für die sie offenbar zu schade ist. Natürlich führte sie die kleine Rolle vorzüglich durch. Fr. Calliano war als die Tochter des „gemachten Mannes“ grazios und munter, und trug auch als Iris ihren Prolog zum Künstlerfest recht wacker vor. Das Künstlerfest bildete natürlich den Höhepunkt der ganzen „Handlung“. Es war, wie gesagt, sehr gut inscenirt und bot viele erfreuliche Ueberraschungen. Ein echtes Künstlerfest-Treiben, was entwickelte sich hier, bei welchem so viel fröhlicher Ull getrieben wurde, daß man aus dem Lachen gar nicht heraus kam. L.

* Zur Schulreformfrage. Während der Schulreformkampf sich früher hauptsächlich um die Berechtigungsfrage drehte, steht in neuerer Zeit die Frage im Vordergrund: Sollen wir, wie bisher, die verschiedenen Arten der höheren Lehranstalten unvermittelt von unten herauf neben einander bestehen lassen, oder sollen wir ihnen, wie dies in den skandinavischen Ländern seit mehr als 20 Jahren geschieht, einen gemeinsamen Unterbau geben und die Gabelung erst später eintreten lassen? Wer letzterer Meinung ist, schreibt das „Braunschw. Tabl.“, muß der weiteren, auch aus pädagogischen Gründen auf die Dauer unabwiesbaren Forderung zustimmen, daß, wie es ebenfalls in den genannten Ländern geschieht, der Beginn des lateinischen Unterrichts etwa bis zur Untertertia hinaufgeschoben und der fremdsprachliche Unterricht mit einer neueren Sprache (in den nordischen Ländern ist es die deutsche) begonnen wird.

In neuerer Zeit tauchen nun immer von Neuem Gerüchte auf, als sei man mit dieser Einrichtung in jenen Ländern, besonders in Schweden nicht zufrieden. Es ist bei diesen von unseren Reformfeinden gern geglaubten Gerüchten wahrscheinlich der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Man hoffte nämlich in jenen Kreisen, daß der jetzige schwedische Kultusminister, ein eifriger klassischer Philologe, wieder zum alten System, d. h. dem Beginn des lateinischen Unterrichts mit der untersten Klasse, zurückkehren würde. Das Gegentheil trat aber ein: er erklärte bei der ersten Gelegen-

